

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

16. November 2015

Afghanistan

Sicherheitslage

Die Lage in Afghanistan bleibt unverändert. Weiterhin kommt es zu Anschlägen und Kampfhandlungen. Nach einem in der Presse zitierten internen Lagebericht der Botschaft Kabul habe sich die Bedrohungslage dramatisch erhöht. Es sei noch vor der traditionellen Winterpause mit massiven Angriffen der Taliban zu rechnen. Das Verteidigungsministerium plant, die Zahl der Bundeswehrsoldaten in Afghanistan um 130 auf 980 aufzustocken.

Militärische Auseinandersetzungen

In der Provinz Paktika (Südosten) finden seit mehreren Tagen Gefechte zwischen Taliban und Sicherheitskräften statt. Seit 09.11.15 belagern Taliban das Verwaltungszentrum des Distrikts Waza Khwa. Vertreter der afghanischen Regierung erklärten am 09.11.15, dass 40 % des Distrikts Imam Sahib in der nordöstlichen Provinz Kunduz von Taliban, deren Anführer ausländische Kämpfer seien, kontrolliert würden. Am 10.11.15 griffen Taliban die Polizei im Distrikt Deh Rawood der Provinz Uruzgan (Süden) an und töteten mindestens drei Polizisten. In der Provinz Khost (Südosten) wurden zwei Zivilisten von afghanischen Spezialkräften bei einer nächtlichen Razzia getötet. Am 12.11.15 kam es zu weiteren Kämpfen in den Provinzen Baghlan (Nordosten), Nimroz (Süden) und Nangarhar (Osten). Am 14.11.15 beklagten lokale Politiker, dass der Distrikt Pashtonkot in der nordwestlichen Provinz Faryab ohne rasche Verstärkung der Sicherheitskräfte in die Hände der Taliban fallen könnte.

In Zabul halten die schweren Kämpfe zwischen verschiedenen Taliban-Gruppen und IS-Kämpfern an.

Gezielte Anschläge und Übergriffe

Am 09.11.15 wurde ein Bombenanschlag auf einen Distriktschef in Nangarhar (Osten) verübt. Dabei wurde ein Kind getötet und vier weitere Personen verletzt. Im südlichen Zabul wurde ein Schattengouverneur der Taliban bei einem Selbstmordanschlag des IS getötet. Am 11.11.15 sollen Taliban ein Dutzend Zivilisten in der südöstlichen Provinz Paktia (Distrikt Sayed Karam) als Geiseln genommen haben. Am 15.11.15 starb ein Zivilist bei einem Autobombenanschlag auf ausländische Truppen in Helmand (Süden), 12 weitere Zivilisten wurden verletzt.

Rekrutierungsversuche des IS

Nach Angaben des afghanischen Militärs versuche der IS, in der östlichen Provinz Kunar Kämpfer zu rekrutieren.

Frau vor Steinigung gerettet

In der nördlichen Provinz Jawzjan wurde eine junge Frau von örtlichen Geistlichen und Dorfvorstehern vor der Steinigung durch Taliban wegen angeblichen Ehebruchs gerettet, da die Beweise nicht ausreichend gewesen seien (Meldung vom 12.11.15).

Irak

Anschlag in Bagdad

Am 13.11.15 wurden bei einem Selbstmordanschlag in Bagdad mindestens 18 Menschen getötet und weitere 41 verletzt. Bei der Beerdigung eines schiitischen Kämpfers im Südwesten der Hauptstadt habe der Täter einen Sprengstoffgürtel gezündet.

Rückeroberung der Stadt Sinjar

Angaben des Präsidenten der Kurdischen Region (KRG) zufolge haben kurdische Truppen am 13.11.15 die Stadt Sinjar (Provinz Ninive) vom IS zurückerobert. Bereits am 12.11.15 sei es kurdischen Peshmerga-Kämpfern gelungen, Teile des irakischen Highways zu erobern, der bisher die vom IS gehaltenen Gebiete in Irak mit denen im Nordosten Syriens verband. Die Großoffensive sei durch Luftangriffe der internationalen Koalition unterstützt worden. Mindestens weitere 28 umliegende Ortschaften seien ebenfalls zurückerobert worden.

Massengräber entdeckt

Dutzende Leichen von Angehörigen der Yeziden wurden nach der Rückeroberung der Stadt Sinjar (Provinz Ninive) in Massengräbern entdeckt. Es handele sich höchstwahrscheinlich um Opfer des IS.

UNHCR warnt vor neuer Massenflucht

Nach Angaben des UNHCR-Vertreters Bruno Geddo besteht in Irak die Gefahr einer neuen Massenflucht, wenn die irakischen Sicherheitskräfte eine Offensive starteten, um die Stadt Mosul vom IS zurückzuerobern. Seine Organisation bereite sich schon darauf vor, jedoch werde der Platz nicht für alle Flüchtlinge ausreichen. Bereits jetzt gäbe es 3,2 Millionen Binnenvertriebene. Dies entspreche etwa einem Zehntel der Bevölkerung.

Syrien

Frankreich fliegt Luftangriffe auf die Stadt ar-Raqa/Dänemark erwägt Angriffe auf den IS in Syrien

Frankreich flog am Abend des 15.11.15 in Absprache mit den USA massive Angriffe auf die syrische Stadt (ar-)Raqa, einer Hochburg des IS. Zehn Kampfflugzeuge sollen 20 Bomben auf ein Kommandozentrum, ein Rekrutierungszentrum, ein Munitionsdepot und ein Ausbildungslager in ar-Raqa abgeworfen haben. Frankreich fliegt seit September 2014 Luftangriffe gegen den IS im Irak und weitete im September 2015 den Einsatz auf Syrien aus.

Nach den Anschlägen in Paris überlegt Dänemark, das sich bisher mit sieben Flugzeugen am Einsatz gegen den IS im Irak beteiligt hatte, seine Luftwaffe auch gegen den IS in Syrien einzusetzen. Die Jets werden momentan erwartet und sollen erst ab Mitte 2016 wieder eingesetzt werden. Für eine Ausweitung des Einsatzes über den Irak hinaus ist jedoch die Zustimmung des Parlaments nötig.

Syrien-Kontaktgruppe einigt sich auf Zeitplan für eine Friedenslösung in Syrien

Die von 17 Staaten gebildete Syrien-Kontaktgruppe, der u.a. die USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Iran und Saudi-Arabien angehören, einigte sich am 14.11.15 in Wien auf einen Zeitplan für eine Friedenslösung in Syrien. Vertreter der syrischen Regierung und der Opposition sollen sich noch in diesem Jahr treffen. Eine Übergangsregierung soll innerhalb von sechs Monaten gebildet werden, Wahlen unter UN-Aufsicht sollen in 18 Monaten stattfinden. Der UN-Sonderbeauftragte Staffan de Mistura soll alles organisieren und auch für zumindest regionale Waffenruhen sorgen. Das nächste Treffen der Kontaktgruppe in ca. einem Monat soll in Paris stattfinden.

Anhaltende Kämpfe in Syrien

In der Stadt Lattakia kamen bei zwei Anschlägen mindestens 23 Personen ums Leben. Im Kampf um den seit zwei Jahren vom IS belagerten Militärstützpunkt Kweires östlich von Aleppo (im nördlichen Syrien) gelang es der syrischen Armee am 10.11.15 zu den Eingeschlossenen vorzudringen. In diesem Teil des Landes leitete das syrische Militär, mit Unterstützung der russischen Luftwaffe sowie von Kämpfern aus Iran und dem Libanon, eine Offensive ein.

Libanon

Bombenanschläge in Beirut

Am 12.11.15 zündeten zwei Selbstmordattentäter in Beirut, in einer belebten Geschäftsstraße im Viertel Burj (Burdsch) al-Barajne (Baradschne), nahezu gleichzeitig ihre Sprengstoffwesten. In der vor allem von Schiiten bewohnten Hochburg der Hizbollah, die in Syrien die Truppen von Bashar al-Assad im Kampf gegen die IS-Miliz und andere Rebellengruppen unterstützt, wurden 44 Personen getötet und über 200 teilweise schwer verletzt. Der IS bekannte sich zu dem Anschlag. Am 15.11.15 wurden elf mutmaßliche Komplizen der beiden Selbstmordattentäter festgenommen, acht Syrer und drei Libanesen. Die Syrer wurden in einem palästinensischen Flüchtlingslager in Burj al-Barajne und in einer Wohnung im östlichen Stadtteil Ashrafiyya festgenommen.

Pakistan

Mehr als 300 Hinrichtungen seit Aufhebung des Moratoriums

Nach Angaben der pakistanischen Menschenrechtskommission sollen seit Dezember 2014 über 300 Menschen hingerichtet worden sein. Die meisten wegen Mordes.

Türkei

EU-Fortschrittsbericht

Die Europäische Kommission übt in ihrem Fortschrittsbericht vom 10.11.15 weiterhin deutliche Kritik an der Türkei und wirft der türkischen Regierung gegenüber dem Vorjahr insgesamt eine weitere Verlangsamung des politischen Reformprozesses vor. Insbesondere beklagt die EU Rückschritte bei der Durchsetzung von demokratischen Grundrechten, wie der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, und beim Kampf gegen Korruption sowie mangelnden Schutz der Menschenrechte. Weitere Vorwürfe betreffen eine fehlende Datenschutzgesetzgebung und mangelhafte Internetgesetzgebung. Neben der Kritik am Reformprozess bemängelt die EU auch den Stillstand in der Kurdenfrage und fordert zur Aussöhnung mit den Kurden auf. Ausdrücklich lobt der Bericht die bemerkenswerten Anstrengungen bei der Aufnahme syrischer Flüchtlinge.

Die türkische Regierung reagierte empört auf den Bericht der EU-Kommission. Das zuständige Ministerium bezeichnete einige der Kommentare zu den Themen Rechtsstaatlichkeit sowie Meinungs- und Pressefreiheit als unfair und exzessiv. Insbesondere wurde die Kritik an der Amtsausübung von Staatspräsident Erdogan als inakzeptabel zurückgewiesen. Objektive und angemessene Kritik werde jedoch sorgfältig geprüft.

Weiterhin Gefechte mit der PKK

Die Lage im Südosten bleibt weiterhin angespannt. Seit über einer Woche herrscht in drei Stadtteilen von Silvan nahe Diyarbakir Ausgangssperre. Medienberichten zufolge haben sich PKK-Kämpfer in den Häusern verschanzt und liefern sich Straßenschlachten mit der türkischen Armee. Dabei wurden seit dem 09.11.15 mindestens sechs Personen getötet. Bei einem PKK-Angriff auf einen Polizeiwagen im türkisch-irakischen Grenzgebiet kamen am 11.11.15 drei Polizisten ums Leben. Es gab vergangene Woche zudem Sprengstoffanschläge der PKK auf Militärkonvois im Südosten der Türkei (Distrikte Silvan und Yuksekova) mit zahlreichen Verletzten und mehreren Toten.

Anschlag verhindert

Nach Angaben der türkischen Regierung konnte am 13.11.15 in Istanbul ein großer Terroranschlag verhindert werden. Es wurden fünf Verdächtige festgenommen, darunter auch ein enger Vertrauter des britischen IS-Kämpfers Jihadi John, die in dieser Woche aus Syrien eingereist seien, um einen Anschlag zu begehen. Der Anschlag in Istanbul sei am selben Tag wie die Anschläge in Paris geplant gewesen. Am 15.11.15 nahm die Polizei nach Pressemeldungen außerdem in Ankara sieben Personen fest, die dem IS angehören sollen.

Terrorverdächtiger sprengt sich bei Razzia in die Luft

Bei einer Polizeirazzia im Gaziantep sprengte sich am 15.11.15 nach Behördenangaben ein IS-Kämpfer selbst in die Luft. Er zündete den am Körper befestigten Sprengstoff, als Beamte der Anti-Terror-Einheit seine Wohnung stürmten. Fünf Polizisten wurden dabei verletzt, einer von ihnen schwer. Zwei weiteren Mit-

gliedern der Gruppe soll die Flucht gelungen sein. Am Tag zuvor waren in der Nähe von Gaziantep bereits vier mutmaßliche IS-Kämpfer von der türkischen Armee getötet worden, als sie sich in einem Auto einem Militärposten an der Grenze zu Syrien näherten.

Jemen

Weiterhin Kämpfe

Der von Saudi-Arabien geführten Koalition gelang es bisher nicht, Jemens drittgrößte Stadt Taizz zu erobern. Im Südwesten sollen die Houthis bereits verlorene Gebiete zurückerobert haben. Nachdem in den vergangenen Wochen bereits Mauretaniens und Senegals Soldaten in den Jemen geschickt haben, wurden nun auch Truppen vom Sudan und den Emiraten nach Aden entsandt. Außerdem soll Saudi-Arabien 800 Söldner aus Kolumbien verpflichtet haben. Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAB) veröffentlichte Videos, die die Gefangennahme von Houthis im Gouvernement Al-Bayda und Kämpfe in Taizz-City zeigen sollen. Aus der Stadt werden heftige Straßenkämpfe berichtet.

Nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes seien seit Beginn der Luftangriffe ca. 100 Krankenhäuser absichtlich bombardiert worden.

Der IS behauptet für mehrere Bombenanschläge der vergangenen Wochen im von Houthis kontrollierten Gebiet um Sana'a, darunter auch auf eine Moschee, verantwortlich zu sein.

Ägypten

Afrikanische Flüchtlinge auf dem Sinai getötet

An der ägyptisch-israelischen Grenze im Norden der Sinai-Halbinsel nahe Rafah wurden die Leichen von 15 afrikanischen Flüchtlingen gefunden. Zu den Todesumständen gibt es unterschiedliche Erklärungen. So sollen Angehörige der ägyptischen Polizei am 15.11.15 auf eine Gruppe von Personen geschossen haben, die unerlaubt die Grenze nach Israel hatten überqueren wollen. Weitere acht Personen seien verhaftet worden. Einer anderen Darstellung zufolge sollen die Einsatzkräfte die Flüchtlinge tot aufgefunden haben. Die Herkunft der Toten soll noch unklar sein. Es gibt Vermutungen, dass es sich um Sudanesen handelte.

Sudan

Oppositioneller verhaftet

Mitarbeiter des Geheimdienstes (National Security Services - NISS) verhafteten am Flughafen von Khartoum den Vorsitzenden der Sudanese National Alliance Party (SNAP), gleichzeitig Führungspersonlichkeit des Oppositionsbündnisses National Consensus Forces (NCF), bei seiner Rückkehr von einem Treffen oppositioneller Parteien in Paris. Bereits zuvor hatte der NISS die Pässe von fünf führenden Oppositionellen eingezogen. Es soll sich um drei Angehörige der Sudanese Communist Party (SCP), den Vorsitzenden der Sudanese Congress Party (SCP) und den Vorsitzenden der Unified National Unionist Party (UNUP) gehandelt haben. An dem viertägigen Treffen in Paris, das von Sudan Call, einer im Dezember 2014 gegründeten Dachorganisation von Oppositionsparteien, ausgerichtet wurde, nahmen neben den genannten Gruppierungen die National Umma Party (NUP), die Sudanese Revolutionary Front (SRF) und die Civil Society Initiative (CSI) teil. Nach Angaben eines Sprechers des NCF wird die Verhaftung weiterer Oppositioneller befürchtet.

Somalia

Zahlreiche Tote in Kismayo

Bei einem Angriff der al-Shabaab am 14.11.15 auf ein von der Übergangsregionalverwaltung von Jubaland genutztes Gelände nahe der südsomalischen Hafenstadt Kismayo kamen mindestens fünf Personen ums Leben, 25 wurden verletzt. Nach Angaben der Regionalverwaltung schlugen Sicherheitskräfte die Angreifer zurück und töteten sechs Islamisten.

Tote bei Zwangsräumung in Galkayo

Bei einem Zusammenstoß zwischen Angehörigen einer Clanmiliz und puntländischen Streitkräften in Galkayo kamen drei Menschen ums Leben, zehn wurden verletzt. Auslöser soll die Zwangsräumung eines Geländes des früheren somalischen Arbeitsministeriums gewesen sein. Die Betroffenen hatten dort seit dem Zusammenbruch des somalischen Staates im Jahr 1991 gelebt.

Niger

Boko-Haram-Angriff

Am 11.11.15 wurden bei einem Boko-Haram-Angriff auf ein Dorf im Distrikt Bosso (südöstliches Grenzgebiet zum Tschadsee) und den nachfolgenden Gefechten zwischen den Islamisten und nigrischen Streitkräften ca. 25 Menschen getötet.

Schmuggelrouten entdeckt

Nigrische Polizeieinheiten deckten Schmuggelrouten über Agadez auf und stellten bei der Durchsuchung eines Transporters 620 Sprengsätze, 41 Sicherungen und 310 Elektrokabel sicher.

Ex-Parlamentspräsident Amadou im Niger verhaftet

Der frühere Regierungschef und oppositionelle Präsidentschaftskandidat Hama Amadou wurde am 14.11.15 bei seiner Rückkehr aus dem Exil festgenommen. Gegen Amadou liegt im Niger ein Haftbefehl vor. Amadou und 30 weiteren Angeklagten aus Kreisen der Politik, des Militärs und der Wirtschaft war 2014 vorgeworfen worden, in einen Handel mit Neugeborenen verwickelt zu sein. Daraufhin war er aus dem Land geflohen. Amadou war im Sommer 2013 ins Lager der Opposition gewechselt und wurde zum Haupttrivalen von Staatschef Mahamadou Issoufou.

Tschad

Notstand ausgerufen

Die Regierung verhängte am 09.11.15 in der Region um den Tschadsee an der Grenze zu Nigeria den Notstand. Vorangegangen war ein Doppellanschlag mit fünf Toten in Ngouboua. Durch die Notstandsgesetzgebung werden der Erlass von Versammlungsverboten, die Einschränkung des Verkehrs sowie Erleichterungen von Hausdurchsuchungen (z.B. nach Waffenlagern) ermöglicht.

Nigeria

Boko Haram: Über 60 Geiseln befreit

Laut Angaben der nigerianischen Armee vom 11.11.15 wurden im Rahmen der Zerstörung mehrerer Lager der Terrorgruppe Boko Haram im Gebiet zwischen Damboa und Bitta, nordöstlicher Bundesstaat Borno, 61 Geiseln aus den Händen der Islamisten befreit. Die meisten von ihnen seien Frauen und Kinder. Vier Terroristen wurden getötet.

Burundi

UN-Sicherheitsrat droht Strafmaßnahmen an

Angesichts wachsender Befürchtungen, in Burundi könnte es zu einem Völkermord ähnlich dem im Nachbarland Ruanda 1994 kommen, verabschiedete der UN-Sicherheitsrat am 12.11.15 eine Resolution, in der er Burundi mit nicht näher definierten Strafmaßnahmen droht, sollte die Gewalt im Lande nicht beendet werden. Beobachter der UN sollen entsandt werden. Weiter forderte der UN-Sicherheitsrat UN-Generalsekretär Ban Ki-moon auf, innerhalb zweier Wochen Vorschläge für eine militärische Präsenz der UN in Burundi auszuarbeiten.

Ukraine

Sechs tote und zwölf verletzte Soldaten in der Ostukraine

Am 14.11.15 warf Präsidentschaftssprecher Andrej Lyssenko in Kiew den prorussischen Separatisten eine Verletzung der Waffenruhe in der Ostukraine mit Mörsern und Schusswaffen vor. Mindestens fünf ukrainische Soldaten seien getötet und vier weitere verletzt worden. Die Aufständischen hätten unter anderem bei Marjinka nahe der Großstadt Donezk Granatwerfer mit einem Kaliber von 82 Millimetern eingesetzt. Auch habe es im Raum Luhansk Provokationen der militanten Gruppen gegeben. Am 15.11.15 wurde laut ukrainischen Angaben bei Avdiyivka durch Mörserbeschuss ein weiterer Soldat getötet und acht verletzt. Seit dem letzten Waffenstillstand von Anfang September 2015 waren die Kämpfe im September und Oktober auf den niedrigsten Stand seit Beginn des seit 19 Monaten andauernden Konflikts gesunken. In den letzten Wochen wird jedoch zunehmend von Waffenstillstandsverletzungen berichtet.

Aserbaidshon

Menschenrechtsaktivist begnadigt

Ein Berufungsgericht in der Hauptstadt Baku hat die Freilassung des Menschenrechtsaktivisten Arif Junus verfügt. Das Gericht begründete seine Entscheidung am 12.11.15 mit der angeschlagenen Gesundheit des 60-Jährigen. Junus war im August 2015 wegen angeblichen Betrugs und Steuerhinterziehung zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er erhielt die Auflage, die Stadt nicht zu verlassen. Angaben von Menschenrechtsorganisationen zufolge sind in Aserbaidshon derzeit rund 80 Personen aus politischen Gründen inhaftiert, darunter die ebenfalls gesundheitlich schwer angeschlagene Leila Junus, die Ehefrau von Arif Junus.

Kosovo

Verfassungsgericht setzt Integrationsplan für Serben aus

Das Verfassungsgericht Kosovos hat das Abkommen vorläufig ausgesetzt, das eine weitgehende Autonomie für die serbische Minderheit vorsieht. Die Vereinbarung, die nun auf ihre Verfassungsmäßigkeit geprüft wird, ist das Kernstück des unter EU-Vermittlung zustande gekommenen sog. „Brüsseler Abkommens“ zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Kosovo und Serbien. Die Opposition hatte in den vergangenen Wochen das Parlament gewaltsam lahmgelegt, um die Regierung zu zwingen, das Abkommen mit Serbien zurückzunehmen. Die Opposition befürchtet, dass der serbischen Minderheit zu große Autonomierechte eingeräumt würden und das Land verfassungswidrig geteilt werde (vgl. BN v. 19.10.15 u. 26.10.15).

Serbiens Premier warf Kosovo Vertragsbruch vor und drohte mit Gegenmaßnahmen. Der serbische Außenminister Dacic erklärte, „erneut werde die regionale Stabilität bedroht“. Beobachter sprechen von einem Rückschlag für den Annäherungsprozess.

Keine Aufnahme in UNESCO

Kosovo ist mit dem Antrag auf Aufnahme in die UN-Kulturorganisation UNESCO gescheitert. Insbesondere Serbien und Russland hatten sich gegen die Aufnahme ausgesprochen, die eine politische Aufwertung bedeuten würde und ein erster Schritt zur Aufnahme als Vollmitglied bei den Vereinten Nationen gewesen wäre. Bisher haben lediglich 111 der 193 UNO-Staaten, darunter 22 der 27 EU-Staaten, Kosovo anerkannt. Neben Serbien, Russland und China verweigern weiterhin auch die EU-Staaten Spanien, Rumänien, Slowakei, Zypern und Griechenland die völkerrechtliche Anerkennung.

Westbalkan

EU-Fortschrittsberichte veröffentlicht

Die EU-Kommission stellt allen (potentiellen) Beitrittsländern des Westbalkans (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, EJR Mazedonien, Montenegro und Serbien) eine EU-Perspektive in Aussicht und schlägt vor, dass alle Beitrittsländer (auch die Türkei) EU-weit als sichere Herkunftsländer gelten sollten. In der Bewertung stellt die EU den Balkanländern ein durchwachsendes Zeugnis aus und fordert mehr Anstrengungen bei politischen und wirtschaftlichen Reformen.

Lediglich die Kandidatenländer Serbien und Montenegro erhielten relativ gute Noten. Die Länder machten gute Fortschritte bei Reformen, gleichwohl gebe es auch hier weiterhin zahlreiche Problembereiche, wie Korruption, organisierte Kriminalität sowie Schwächen in der Rechtsstaatlichkeit und beim Menschenrechtsschutz. Serbien wurde ausdrücklich für seine Rolle in der Flüchtlingskrise gelobt.

Auch das neue Kandidatenland Albanien sei auf einen guten Weg. Noch bedarf es aber einer effizienteren und entpolitisierten Verwaltung sowie Verbesserungen beim Schutz der Minderheiten.

Der Beitrittsprozess mit Mazedonien befindet sich weiterhin in einer Sackgasse. Das Land habe Rückschritte gemacht und müsse seine innenpolitische Krise überwinden.

Bosnien und Herzegowina sei zwar - auch mit Hilfe des sog „Berlin Prozesses“ - zurück auf Reformkurs, eine weitere Umsetzung der Reformagenda sei aber notwendig, bevor die EU über einen Beitrittsantrag befinden könne. Positiv zu vermerken sei das Inkrafttreten des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) am 01.06.15.

Auch Kosovo unterzeichnete Ende Oktober ein SAA, was ein „Meilenstein“ im Fortschrittsprozess sei. Das Land müsse jedoch seine Institutionen stärken und wirtschaftliche Reformen durchführen.

Myanmar

Opposition gewinnt Parlamentswahlen

Am 08.11.15 fanden - nach weitgehend manipulierten Wahlen 2010 - die ersten freien Parlamentswahlen seit 1990 statt. Die bedeutendste Oppositionspartei National League for Democracy (NLD) der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi erzielte, wie die nationale Wahlkommission am 13.11.15 mitteilte, die absolute Mehrheit mit 348 von 657 Sitzen. Wahlbeobachter der EU zeigten sich mit dem Wahlverlauf zufrieden. Die dem Militär nahestehende Regierungspartei Union Solidarity and Development Party (USDP) räumte ihre Niederlage ein. Das Militär hatte im Vorfeld zugesichert, das Wahlergebnis anzuerkennen. Das neue Parlament wählt im Februar oder März 2016 den die Regierungsgeschäfte führenden Staatspräsidenten. Aung San Suu Kyi darf gemäß Verfassung nicht für dieses Amt kandidieren, da nahe Familienangehörige ausländische Staatsbürger sind. Sie kündigte an, ihre Partei werde zwar jemand anderen als Staatspräsident wählen, sie selbst werde im Hintergrund aber die Entscheidungen treffen. Das Militär bleibt weiterhin einflussreich. Laut Verfassung stellt es die Minister für Inneres, Verteidigung und Grenzangelegenheiten; zudem kann es das Parlament auflösen, sollte es Frieden und Sicherheit bedroht sehen. Die Verfassung sichert dem Militär 25 % der Parlamentsmandate zu. So können Verfassungsänderungen, die seine Machtposition im Lande gefährden, mit seinem Veto verhindern kann.